

Interview mit der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Karin Evers-Meyer

# Wer in der Schule nicht ausgrenzt, muss später nicht mühsam zusammenfügen

Seit fast drei Jahren ist Karin Evers-Meyer nun Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen – Zeit für einen Zwischenbericht über ihre Arbeit. Die SoVD-Redaktion sprach mit ihr über ihre Erfahrungen sowie die Ziele und Schwerpunkte ihrer Arbeit.

—Frau Evers-Meyer, welche Aufgabe hat die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen?

Dem Gesetz nach ist es meine Aufgabe, darauf hinzuwirken, dass in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung geschaffen werden. Das bedeutet in der Praxis: Ich nehme Stellung zu Gesetzentwürfen der Bundesregierung und versuche für eigene Entwürfe zu werben. Darüber hinaus versuche ich natürlich, Öffentlichkeit herzustellen für das Thema Behinderung. Dazu gehört neben Fachkonferenzen und Informationskampagnen auch, dass wir viele tausend Zuschriften von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen beantworten und versuchen ihnen zu helfen.

—Welche Ziele haben Sie sich für Ihre Amtszeit gesetzt?

Gleich zu Beginn meiner Amtszeit wurde ich am Rande einer Sitzung von Kollegen aus anderen Ländern

angesprochen, die mich fragten, wie es denn so mit der Integration laufe in Deutschland. Man hörte, wir hätten für jede Behinderungsart eine eigene Schule und bauten immer neue Heime und Werkstätten für behinderte Menschen.

Ich kenne die Schwierigkeiten, sein behindertes Kind möglichst in einem inklusiven Umfeld aufwachsen zu lassen aus eigener Erfahrung. Das war in den 70er und 80er Jahren. Mir wurde schnell klar: Wir haben in Deutschland viel Gutes erreicht. Viele Probleme sind aber noch ungelöst. Und dazu gehört eben die mangelnde Organisation ambulanter Unterstützungsstrukturen und das diskriminierende Förderschulsystem.

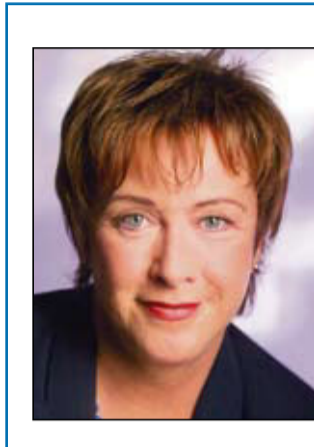
—Was sind die wichtigsten Dinge, die Sie im Laufe Ihrer Amtszeit für und mit Menschen mit Behinderung durchsetzen konnten?

Für eine Rückschau ist es noch zu früh. Ein paar Dinge werden noch kommen, etwa die neue Leistung „Unterstützte Beschäftigung“. Die Höhepunkte in dieser Legislatur waren aber bisher sicherlich das

Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Persönliche Budgets, die Verabschiedung des Antidiskriminierungsgesetzes und natürlich die Zeichnung der Behindertenrechtskonvention, die uns in den nächs-

ten Monaten und Jahren intensiv beschäftigen wird. ohne uns“ sind hier einige wirklich sehr gute Behindertenverbände entstanden, die mich oft unterstützen. Diese Unterstützung kann übrigens auch in Form kritischer Begleitung erfolgen!

gung behinderter Menschen gibt. Diese Vorbehalte resultieren aus Unkenntnis. Vor allem Unkenntnis darüber, zu welchen Leistungen Menschen mit Behinderung fähig sind. Um hier grundsätzlich etwas zu erreichen, genügen finanzielle Förderprogramme allein nicht aus. Es ist daher eines meiner zentralen Anliegen, Integration bzw. Inklusion wieder ganzheitlich zu denken. Wer in Kindergarten und Schule nicht ausgrenzt, der muss später nicht mühsam wieder zusammenfügen. Mein Plädoyer lautet: Inklusion von Beginn an! Solange uns dies nicht gelingt, werden behinderte Arbeitnehmer immer wieder Opfer von Vorurteilen sein. Der Personalchef eines Unternehmens, der während seiner Ausbildung nie mit behinderten Menschen in Berührung gekommen ist, hat ganz natürliche Berührungsängste. Er hat keine Kenntnis von der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von Menschen mit Behinderung.



Karin Evers-Meyer wurde am 10. September 1949 in Neuenburg/Friesland geboren. Sie ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Karin Evers-Meyer arbeitete als Autorin und freie Mitarbeiterin bei Rundfunk und Fernsehen sowie als Autorin für Industriefilme. Sie ist SPD-Mitglied, war von 1998 bis 2002 Mitglied des niedersächsischen Landtages und ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2005 ist sie Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen.

—Ausbildung und Beruf sind für behinderte Menschen im Hinblick auf eine vollständige Teilhabe am Leben in der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Wie lässt sich die Situation der Betroffenen nachhaltig verbessern?

Gut ist, dass der Aufschwung am Arbeitsmarkt auch behinderte Menschen erreicht hat. Schlecht ist, dass es nach wie vor große Vorbehalte gegenüber der Beschäfti-

ten Monaten und Jahren intensiv beschäftigen wird.

—Wo sehen Sie für die Behindertenbeauftragte Einflussmöglichkeiten?

Es gibt drei Säulen. Da ist zum einen die gute politische Vernetzung mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den Ländern, in den Fraktionen des Deutschen Bundestages und in den Ministerien. Die zweite Säule ist die Medienöffentlichkeit, und die wichtige dritte Säule sind die behinderten Menschen selbst mit ihren Interessenvertretungen. Unter der Überschrift „Nichts über uns,

**Entschädigung der Kriegsheimkehrer-Ost stößt auf große Resonanz.**  
Die Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene, die nach Ostdeutschland heimgekehrt sind, stößt auf unerwartet großes Interesse. Seit April sind bereits rund 40 000 Anträge für die Heimkehrerentschädigung Ost beim Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln eingegangen. Diese Zahl sei „höher als erwartet“, sagte ein BVA-Sprecher.  
Das Gesetz soll einen Ausgleich schaffen für Betroffene aus der ehemaligen DDR, in der es keine Entschädigungsregelung gab. dpa

Initiative „Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken.“

## Schon über 116 000 haben unterschrieben!



Mit einem Stand in der Fußgängerzone von Worms informierte der dortige Ortsverband (im Bild – von li. – der stellvertretende Ortsverbandsvorsitzende Josef Stutz und Vorstandsmitglied Walter Roßner) über die Sozialstaatsinitiative von SoVD und Volkssolidarität.



Auch der Landesverband Berlin-Brandenburg sammelte eifrig Unterschriften – auf dem Foto ein Stand am belebten Kurfürstendamm.

Über 116 000 Menschen unterstützen inzwischen mit ihrer Unterschrift die Initiative „Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken.“ Die gemeinsame Initiative von SoVD und Volkssolidarität hat zum Ziel, eine breite gesellschaftliche Debatte über ein neues Sozialstaatsverständnis anzustoßen. Die große Zustimmung zur Initiative werten SoVD-Präsident Adolf Bauer und

der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, als Indiz dafür, „dass die Unzufriedenheit über die aktuelle sozialpolitische Lage in Deutschland groß ist“.

Damit im Herbst möglichst viele Unterschriften an Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht werden können, bitten die Verbände ihre Mitglieder, in ihrem Engagement nicht nachzulassen und weiter für

die Initiative zu werben. Einen entsprechenden Vordruck hierzu finden Sie unten beziehungsweise im Internet unter [www.sozialabbau-stoppen.de](http://www.sozialabbau-stoppen.de).

Berichte über Ihre Aktivitäten können Sie jederzeit schicken an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort: Sozialstaatsinitiative, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

**Sozialabbau stoppen! Sozialstaat stärken!**  
Eine gemeinsame Initiative von Sozialverband Deutschland und Volkssolidarität

Ich unterstütze die Forderungen von SoVD und Volkssolidarität:

Anschrift	Unterschrift

Bitte zurücksenden an:  
Sozialverband Deutschland (SoVD) e.V., Stralauer Str. 63, 10179 Berlin; oder:  
Volkssolidarität Bundesverband e.V., Alte Schönhauser Str. 16, 10119 Berlin